



Niederschrift

47. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 19.02.2019
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:57 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE	bis 19:52 Uhr

zusätzliches Mitglied

Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	ab 18:15 Uhr
-------------------	-------------------	--------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	

sachkundige Einwohner

Frau Heiderose Gerber	DIE aNDERE	
Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Manuela Kiss	Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Herr Kai Okurka	Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	
Herr Bertram Otto	SPD	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Frau Martina Wilczynski	SPD	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	nicht entschuldigt
Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt

Gäste:

Herr Steffen Grebner	Klinikum Ernst von Bergmann
Herr Rüdiger van Leeuwen	Vorsitzender Vorsitzender des Sprecher*innenrates der PSAG
Herr Manfred Hildenbrand	Seniorenbeirat
Herr Maximilian Adams	CDU Kreisverband Potsdam
Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Frank Thomann	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Lars Schmäh	Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Frau Dr. Kristina Böhm	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Angelika Ehebrecht	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Jörg Bindheim	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Dr. Maria Radzimanowski	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Eiken-Carina Magnussen	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Katrin Hayn	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schrittführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.01.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Verkehrssicherheit der Schüler der Wilhelm-von-Türk-Schule
- 5 Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018
Vorlage: 18/SVV/0865
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Maßnahmenplan zum Psychatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018
Vorlage: 18/SVV/0882
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 6.2 Stadtwald in Babelsberg entwickeln
Vorlage: 18/SVV/0962
Fraktion CDU/ANW

- 6.3 Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen
Vorlage: 19/SVV/0034
Fraktion CDU/ANW
- 6.4 Masterplan Grün für Golm - Grüne Freiräume - Grüne Architektur - Grüne
Mobilität
Vorlage: 19/SVV/0038
Dr. Saskia Ludwig, Ortsvorsteherin Golm
- 6.5 Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung
in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)
Vorlage: 19/SVV/0041
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6.6 Stärkung des kommunalen Ehrenamtes
Vorlage: 19/SVV/0073
Fraktion DIE LINKE
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Hundetagesstätte Klinikum Ernst von Bergmann
- 7.2 Potsdam Inklusive mit und durch Sport
- 7.3 Information zur Strukturveränderung
- 7.4 Information zur Richtlinie Kosten der Unterkunft
- 7.5 Sachstand aktuelle Entwicklung Frühförderung
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

Sie begrüßt Frau Gerber als neue sachkundige Einwohnerin für die Fraktion DIE aNDERE.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.01.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 15.01.2019 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Frau Eisenblätter informiert, dass die Befassung mit der Verkehrssicherheit der Schüler der Wilhelm-von-Türk-Schule zunächst nicht erforderlich ist, da sich der Arbeitskreis Schulwegsicherung derzeit mit der Lösung der durch die Elternvertreter dargestellten Probleme befasst. Somit kann der TOP 4 entfallen.

Frau Eisenblätter verweist auf die Tagesordnungspunkte 6.2 „Stadtwald in Babelsberg entwickeln“ und 6.4 „Masterplan Grün für Golm - Grüne Freiräume - Grüne Architektur - Grüne Mobilität“. Sie schlägt vor, die beiden Drucksachen lediglich zur Kenntnis zu nehmen, da der GSI-Ausschuss fachlich nicht zuständig ist. TOP 6.6 „Stärkung des kommunalen Ehrenamtes“ sollte ebenfalls zur Kenntnis genommen werden, da der Hauptausschuss dem Antrag bereits zugestimmt hat.

Unter „Sonstiges“ gibt es von Seiten der Verwaltung Informationen zur Notfalldose und zu einer Veranstaltung.

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die geänderte Tagesordnung wird **mehrheitlich bestätigt**.

zu 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Herr Okurka informiert, dass der **Beirat für Menschen mit Behinderung** vom 18.02.2019 getagt und umfassende Informationen zum Bundesteilhabegesetz durch Herrn Lehmann erhalten hat.

Der Bericht des **Seniorenbeirates** wurde allen Ausschussmitgliedern mit den Sitzungsunterlagen zugeschickt.

Herr Puschmann ergänzt, dass die letzte Beiratssitzung im Kulturhaus Babelsberg stattgefunden hat. Die neue Geschäftsordnung des Seniorenbeirates wurde vorgestellt und einstimmig verabschiedet. Die Aufstellung des neuen Seniorenbeirates wird vorbereitet. Die Wahl soll am 03.09.2019 erfolgen.

Abschließend informiert er, dass sich der Seniorenbeirat für die Anschaffung von 1.000 Notfalldosen durch die Landeshauptstadt Potsdam ausgesprochen hat.

zu 4 Verkehrssicherheit der Schüler der Wilhelm-von-Türk-Schule

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

zu 5 Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Vorlage: 18/SVV/0865

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -

Frau Dr. Radzimanowski (Fachbereich Soziales und Gesundheit) stellt mit Unterstützung einer Präsentation den Seniorenplan vor und geht dabei eingangs auf den Planungsauftrag ein. Sie verweist auf den 7. Altenbericht der Bundesregierung, der als Grundlage genutzt wurde. Frau Dr. Radzimanowski weist darauf hin, dass ca. 32.700 Menschen in der Landeshauptstadt Potsdam über 65 Jahre alt sind und gibt einen Überblick über die Verteilung in Potsdam.

Danach gibt sie Erläuterungen zum Aufbau des Seniorenplans und stellt dann die nächsten Schritte vor.

Herr Hildenbrand (Seniorenbeirat) betont, dass er festgestellt hat, dass gegenüber dem Entwurf vom Herbst 2018 eine hervorragende Formulierung gefunden wurde. Er empfiehlt dem Ausschuss, in der Stadtverordnetenversammlung darauf hinzuwirken, dass unter Beteiligung aller Ressorts der Stadtverwaltung Strategien für die Umsetzung des Planes entwickelt werden. Auch Vertreter der Stadtpolitik, die Wohlfahrtsverbände, die Bürgerinnen und Bürger und weitere Akteure sind bei der Erarbeitung von Maßnahmeplänen einzubeziehen.

Herr Puschmann bedankt sich bei Frau Dr. Radzimanowski für den Plan und hebt vor allem das Bild auf dem Deckblatt hervor, das sehr deutlich zeigt, dass die Senioren noch sehr aktiv sind.

Er teilt mit, dass die Bauministerin des Landes Brandenburg durch den Seniorenbeirat aufgefordert wurde, dafür Sorge zu tragen, dass kleinere bezahlbare Wohnungen für Senioren errichtet werden. Er macht deutlich, dass es nicht sein kann, dass Senioren ihre große Wohnung gegen eine kleinere tauschen und dafür mehr Miete zahlen. Hier müssen Lösungen gefunden werden. In Neubaugebieten muss daran gedacht werden, dass Begegnungsstätten für junge und ältere Bürger errichtet werden.

Abschließend betont er, dass es eine gute und enge Abstimmung des Seniorenbeirates zum Thema Wohnen mit Herrn Jekel gibt.

Frau Dr. Herzel lobt den Seniorenplan und macht deutlich, dass dieser nun mit Leben erfüllt werden muss. Zum Abschnitt Wohnen und Wohnumfeld, stellt sie fest, dass alle Angebote im Stadtzentrum angesiedelt sind. Es steht aber auch im Plan, dass es wichtig ist, dass alleinlebende ältere Menschen nicht vereinsamen sollen. Sie mahnt an, dass auch z.B. in Golm eine Begegnungsstätte gebaut wird. Die Einrichtungen sollten fußläufig erreichbar sein, auch um den ÖPNV zu entlasten.

Frau Schulze bittet darum, dass schnellstmöglich die Beschlussvorlage zur Finanzierung der zu entwickelnden Maßnahmen vorgelegt wird.

Frau Tietz fragt mit Bezug auf bezahlbare Wohnungen nach, welchen Anteil ihres Einkommens Senioren für die Miete aufbringen.

Frau Dr. Radzimanowski hat keine entsprechenden Zahlen vorliegen, sagt aber zu, dies zu recherchieren und die Zahlen nachzuliefern.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Maßnahmenplan zum Psychatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Vorlage: 18/SVV/0882

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Frau Magnussen (Fachbereich Soziales und Gesundheit) stellt mit Unterstützung einer Präsentation den Maßnahmenplan zum Psychatriekonzept vor. Eingangs verweist sie auf die gesetzlichen Grundlagen und den Planungsauftrag. Sie erläutert den Prozess zum Maßnahmenplan und geht dann auf die Inhalte ein.

Sie stellt die Ziele vor und geht näher auf das Ziel 5.1 ein. Anschließend stellt sie die finanziellen Auswirkungen dar.

Abschließend macht sie auf den Online-Wegweiser Seelische Gesundheit aufmerksam.

Frau Schulze fragt, ob die Haushaltsmittel 2019 gesichert sind.

Dies wird von Herrn Thomann bestätigt.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) bittet darum, dass neben der Infrastruktur in Neubaugebieten auch Einrichtungen für psychisch Erkrankte eingeplant werden.

Herr Otto dankt für die Verstetigung der Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Störungen (KBS).

Frau Schulze spricht die 4 Enthaltungen von Mitgliedern der PSAG bei der Abstimmung über den Maßnahmenplan an und fragt nach den Gründen.

Herr van Leeuwen (Vorsitzender des Sprecher*innenrates der PSAG) betont, dass der Plan ein Ergebnis der Arbeit der PSAG in den letzten zwei Jahren ist. Er macht deutlich, dass in der PSAG Träger vertreten sind, die auch eigene Interessen verfolgen. Zu den Gründen der Enthaltungen kann er keine Aussage treffen.

Abschließend informiert er, dass am 20.02.2019 ein neuer Sprecher*innenrat der PSGA gewählt wird.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich mit 6 Zustimmungen und 1 Enthaltung angenommen.

zu 6.2 Stadtwald in Babelsberg entwickeln

Vorlage: 18/SVV/0962

Fraktion CDU/ANW

Die Drucksache wird ohne Beratung zur Kenntnis genommen.

zu 6.3 Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen

Vorlage: 19/SVV/0034

Fraktion CDU/ANW

Herr Adams (CDU Kreisverband Potsdam) macht deutlich, dass zunächst die vorhandene Struktur aufgenommen und geprüft werden muss, wo es Probleme gibt und wo es bereits gut läuft. Er betont, dass die Wertschätzung der Lebensmittel gesteigert und ein gesundheitsförderndes, transparentes und nachhaltiges Ernährungssystem geschaffen werden soll. Damit könne u.a. die Nahversorgung sowie die Direktvermarktung regionaler Produkte verbessert werden.

Frau Dr. Böhm (Fachbereich Soziales und Gesundheit) erklärt, dass die Verwaltung dem Ernährungsrat grundsätzlich positiv gegenüber steht. Sie betont, dass es sich um ein Querschnittsthema handelt, das geschäftsbereichsübergreifend vorangebracht werden muss.

Herr Finken bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er betont, dass geprüft werden muss, welche Organisationsform für die Landeshauptstadt Potsdam sinnvoll ist.

Frau Schulze hält es für erforderlich, dass auch das Ernährungsinstitut in Rehbrücke hinzugezogen wird. Sie weist darauf hin, dass geklärt werden muss, wer den Zwischenbericht geben soll. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass ein Zwischenbericht im März 2019 nicht mehr möglich ist.

Herr Dr. Wegewitz macht deutlich, dass der Antrag eher durch die Wirtschaftsförderung zu bearbeiten sei. Er kann keine Gesundheitsförderung erkennen und somit auch keine Zuständigkeit des GSI-Ausschusses. Er sieht die Zuständigkeit beim Hauptausschuss.

Herr Finken betont, dass Ernährung durchaus mit Gesundheit zu tun hat.

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass dies ein sinnvoller Antrag ist und konkret festgelegt werden sollte, wer federführend die Prüfung übernehmen soll.

Herr Otto hält es ebenfalls für wichtig festzulegen, wer den Antrag federführend bearbeiten soll. Wenn ein Konzept erstellt werden soll, sollte dies auch so im Antrag formuliert werden.

Herr Finken schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und zu präzisieren.

Frau Eisenblätter stellt die **Zurückstellung** der vorliegenden Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 6.4 Masterplan Grün für Golm - Grüne Freiräume - Grüne Architektur - Grüne Mobilität

Vorlage: 19/SVV/0038

Dr. Saskia Ludwig, Ortsvorsteherin Golm

Die Drucksache wird ohne Beratung zur Kenntnis genommen.

zu 6.5 Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)

Vorlage: 19/SVV/0041

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Eifler bittet um Zurückstellung der Drucksache.

Frau Eisenblätter stellt die **Zurückstellung** der vorliegenden Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 6.6 Stärkung des kommunalen Ehrenamtes

Vorlage: 19/SVV/0073

Fraktion DIE LINKE

Die Drucksache wird ohne Beratung zur Kenntnis genommen.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Hundetagesstätte Klinikum Ernst von Bergmann

Herr Schmäh (Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) erklärt, dass durch die Bauverwaltung eingeschätzt wird, dass die Umnutzung zur Hundebetreuung im Ergebnis des gemeinsamen Ortstermins mit Vertretern der im Wesentlichen vom Vorhaben betroffenen Behörden und nach dem jetzigen Stand des Baugenehmigungsverfahrens genehmigt werden kann.

Auf Nachfrage erklärt er, dass das Protokoll des Ortstermins der Bauakte beigefügt ist.

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) ergänzt, dass auch von Seiten der Bereiche Öffentlicher Gesundheitsdienst und Veterinär- und Lebensmittelüberwachung positive Stellungnahmen angegeben wurden.

Herr Grebner (Klinikum Ernst von Bergmann) erklärt, dass derzeit 12 Hunde in der Hundetagesstätte betreut werden. Es liegen bereits sehr viele weitere Anfragen vor. Derzeit wird geprüft, ob auch die Versorgung von Tieren von Patienten übernommen werden könne.

Er betont, dass es sich um eine Maßnahme der Mitarbeiterbindung und Personalgewinnung handelt.

Herr Otto hält die Versorgung von Tieren von Patienten für sehr wichtig.

Frau Schulze bittet, die Standortfrage zu überdenken, da sie den Standort nicht für optimal hält.

Daraufhin betont Herr Grebner, dass dies die bestmögliche Räumlichkeit ist, die gefunden wurde. Er macht darauf aufmerksam, dass sich die Hunde nicht ausschließlich vor Ort befinden, sondern auch an anderen Orten, wie z.B. Hundelaufplätzen betreut werden.

zu 7.2 Potsdam Inklusive mit und durch Sport

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) stellt anhand einer Präsentation eine Zusammenfassung der Ergebnisse der beiden Umfragen aus dem Jahr 2017 sowie die möglichen Konsequenzen daraus vor. Er verweist auf

die beiden AkteurInnen-Konferenzen zur Inklusion im und durch Sport, die bisher durchgeführt wurden. Eine weitere Konferenz ist für den 05.06.2019 geplant.

zu 7.3 Information zur Strukturveränderung

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) informiert über die Strukturveränderung im Fachbereich Soziales und Gesundheit (FB 38) und die Neugründung des Fachbereichs Wohnen, Arbeit und Integration (FB 39). Hintergründe waren u.a. die Personalnot, die enorme Größe des Fachbereichs Soziales und Gesundheit sowie das Finanzvolumen. Die Verfügung wurde zum 01.01.2019 umgesetzt. Ziel war auch, eine bessere Integration von Geflüchteten zu realisieren. Der Bereich Wohnen ist aus dem FB 38 herausgelöst und jetzt im FB 39.

Die „sozialen Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer“ (u.a. Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften) werden ebenfalls dem FB 39 zugeordnet. Insbesondere die Zusammenarbeit mit externen Trägern kann aber erst vollständig umgesetzt werden, wenn zusätzliches Personal vorhanden ist.

Die Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung ist jetzt der Bereich Arbeit und Integration im FB 39. Auch die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser gehören jetzt zum FB 39.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) leitet kommissarisch den Fachbereich mit ca. 90 Mitarbeitenden.

zu 7.4 Information zur Richtlinie Kosten der Unterkunft

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) teilt mit, dass die verschiedenen betroffenen Bereichen in den Fachbereichen 38 und 39 in einer Arbeitsgruppe derzeit eine gemeinsame grundlegende Überarbeitung der Arbeitsanweisung Kosten der Unterkunft erfolgt. In der Arbeitsanweisung ist die praktische Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zu den Bedarfen für Unterkunft und Heizung in den Sozialgesetzbüchern II und XII geregelt.

Folgende Themen sind vordringlich neu zu regeln:

1. Einmalige Bedarfe (Übernahme von Umzugs- und Renovierungskosten)
2. Mehrbedarfe in „temporären“ Bedarfsgemeinschaften (i.d.R. Bedarfsgemeinschaften mit gemeinsamem Sorge-/ Umgangsrecht)
3. Heizkosten und dezentrale Warmwasserversorgung
4. Angemessene Wohnkosten (Bestimmung der Referenzmiete)

Die Arbeit an den Themen 1 und 2 ist bereits abgeschlossen und in Kraft gesetzt. Für die Punkte 3 und 4 wird vom Abschluss der Arbeiten durch die Arbeitsgruppe im März ausgegangen. Alle Änderungen werden anschließend in einer Neufassung der Arbeitsanweisung zusammengefügt. Eine Information der Stadtverordnetenversammlung über die wesentlichen Änderungen wird anschließend in Form einer Mitteilungsvorlage erfolgen.

Frau Schulze fragt, ob ein Beschluss durch die Trägerversammlung des Jobcenters oder andere Gremien herbeigeführt werden muss.

Herr Jekel und Herr Thomann erklären, dass dies ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist.

zu 7.5 Sachstand aktuelle Entwicklung Frühförderung

Frau Kitzmann erklärt, dass Fragen vom Beirat für Menschen mit Behinderung vorgelegt wurden, die durch die Verwaltung beantwortet werden. Sie verliest die Fragen und die Antworten dazu. Fragen und Antworten werden als Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt.

Sie informiert, dass mit Stand der Erhebung 22.01.2019 insgesamt 327 Förderungen ausgesprochen wurden.

Frau Ehebrecht geht auf die weiteren Fragen ein.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) macht deutlich, dass mit der Steigerung der Zahl der Anwohner davon auszugehen ist, dass auch der Bedarf an Frühförderung steigt. Er bittet, dies bei den Planungen zu berücksichtigen.

Frau Kiss bittet zu beachten, dass die Frühförderleistungen auch für den Übergang von der Kita zur Schule genutzt werden können. Hiermit kann der Übergang zur Schule erleichtert und die Zusammenarbeit mit der Schule verbessert werden.

zu 8 Sonstiges

Herr Thomann (Fachbereich Soziales und Gesundheit) teilt mit, dass durch die Landeshauptstadt Potsdam 1.000 Notfalldosen bestellt wurden. Im Vorfeld ist eine Ausschreibung erfolgt. Die Notfalldosen sind inzwischen eingegangen. 500 sollen an den Seniorenbeirat verteilt werden. 500 Notfalldosen können durch die Verwaltung verteilt werden.

Frau Kiss bittet, auch den Beirat für Menschen mit Behinderung bei der Verteilung der Notfalldosen zu berücksichtigen.

Frau Schulze weist darauf hin, dass auch alleinerziehende Mütter und Väter berücksichtigt werden sollen.

Herr Thomann erklärt, dass die Notfalldosen an die Personen verteilt werden, die finanziell bedürftig sind.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) informiert, dass am 20.02.2019, 18:00 Uhr im „Thalia“ Kino anlässlich des 10. Jubiläums des Arbeitskreises Wohnungslos eine kostenlose Vorführung des Dokumentarfilms „Draußen“ mit anschließendem Gespräch zum Thema Wohnungslosigkeit in Potsdam stattfindet. Der Arbeitskreis möchte die Vorführung des Films nutzen, um mit den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern wie auch von Wohnungslosigkeit Betroffenen ins Gespräch zu kommen.

Nächste Sitzung des GSI-Ausschusses: 19. März 2019, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin